

Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben
von der
Stiftung Historisches Kolleg

Vorträge

42

Klaus Hildebrand

Reich – Großmacht – Nation

**Betrachtungen zur Geschichte der deutschen
Außenpolitik 1871–1945**

München 1995

Schriften des Historischen Kollegs
im Auftrag der
Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
herausgegeben von
Horst Fuhrmann
in Verbindung mit
Rudolf Cohen, Arnold Esch, Lothar Gall, Hilmar Kopper, Christian Meier,
Horst Niemeyer, Peter Pulzer, Winfried Schulze, Michael Stolleis und
Eberhard Weis

Geschäftsführung: Georg Kalmer
Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner
Organisationsausschuß:

Georg Kalmer, Franz Letzelter, Elisabeth Müller-Luckner, Heinz-Rudi Spiegel

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich für den Bereich der historisch orientierten Wissenschaften die Förderung von Gelehrten, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, zur Aufgabe gesetzt. Sie vergibt zu diesem Zweck jährlich bis zu drei Forschungsstipendien und ein Förderstipendium sowie alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“.

Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung für die bisherigen Leistungen darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Klaus Hildebrand (Bonn) war – zusammen mit Professor Dr. Robert E. Lerner (Evanston, Ill./USA), Professor Dr. Wolfgang J. Mommsen (Düsseldorf) und Dr. Andreas Schulz (Frankfurt/Main) – Stipendiat des Historischen Kollegs im Kollegjahr 1992/93. Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Klaus Hildebrand aus seinem Arbeitsbereich einen öffentlichen Vortrag zu dem Thema „Reich – Großmacht – Nation. Betrachtungen zur Geschichte der deutschen Außenpolitik (1871–1945)“ am 19. Juli 1993 in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gehalten, der zuerst in der „Historischen Zeitschrift“ (Band 259, Heft 2, 1994, S. 369–389) veröffentlicht wurde.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragen.

I.

Mit unvermuteter Plötzlichkeit betrat Deutschland im Jahre 1871 die Bühne der Weltpolitik. Der neue Akteur war ein Nationalstaat, eine Großmacht und, was immer das bedeuten mochte, ein Reich. Daß die Deutschen sich zur Nation zusammengeschlossen hatten, stellte im europäischen Zusammenhang kaum mehr als ein nachgeholtes Stück Normalität dar. Daß sie als Großmacht in Erscheinung traten, beschrieb gleichfalls nichts Außergewöhnliches. Merkwürdig mutete dagegen der ebenso bedeutungsschwere wie schwer deutbare Begriff des Reiches an. Die großartige Namenstaufe verlieh dem kleindeutschen Staat einen schweifenden Zug ins Unabgrenzbare, ins über sich Hinausweisende, zum sich selbst nicht Genügenden. Bereits am Anfang des modernen Deutschland stellte sich die schicksalhafte Frage, die seine bis zum Abenteuerlichen riskante, schließlich im zutiefst Verwerflichen endende Existenz während der kommenden acht Jahrzehnte durchgehend begleitet hat: Paßte diese „vorwaltende“¹⁾ Macht in die geographische, politische und „geistige Landkarte“²⁾ Europas?

Ungewißheit über das Kommende, wie hätte es anders sein können, dominierte, als das Deutsche Reich seinen nationalen Eigenweg antrat, sich also das zu tun anschickte, was alle anderen Staaten längst taten. Was den deutschen Neankömmling indes von seinen

¹⁾ *Otto Hintze*, Die Hohenzollern und ihr Werk. Fünfhundert Jahre vaterländischer Geschichte. Berlin 1915, 651.

²⁾ Zu dieser Formulierung Siegfried A. Kaehlers vgl. *Walter Bußmann*, Europa und das Bismarckreich, in: Lothar Gall (Hrsg.), Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945. Köln/Berlin 1971, 311.

großmächtlichen Nachbarn abhob, war eine stattliche Reihe unverkennbarer Belastungen: „Das moderne Deutschland wurde“, wie ein amerikanischer Historiker vor Jahren geurteilt hat³⁾, „eingepfercht geboren“: Es unterlag, in historisch gewandelten Zusammenhängen, dieser Erbschaft der Enge über weite Strecken seiner Geschichte.

Das moderne Deutschland war, nach Helmuth Plessners klassisch gewordener Wendung⁴⁾, eine „verspätete Nation“. Sichtbar litten seine Bürger unter diesem nur schwer behebbaren Makel, entbehrten der unverzichtbaren Gelassenheit und neigten zur exzentrischen Überreaktion.

Das moderne Deutschland blieb, worüber in der Geschichtswissenschaft Einigkeit herrscht⁵⁾, nach innen und außen „unvollendet.“ Einheit und Freiheit, jedes Ziel für sich von vorläufig noch unfertiger Beschaffenheit, traten, auf Jahrzehnte jedenfalls, auseinander.

Das moderne Deutschland besaß, wie einmal zutreffend festgestellt worden ist⁶⁾, von Beginn an eine „ungeschickte Größe“. Es war für das kontinentale Gleichgewicht zu stark und für die europäische Hegemonie zu schwach.

Das moderne Deutschland sah sich zudem mit der unkontrollierbaren Ambivalenz des materiellen Fortschritts, vor allem des wirtschaftlichen Wachstums, intensiver, beinahe existentieller konfrontiert als alle anderen Staaten. Daß Vorzüge und Nachteile, Dynamik und Unruhe, Segen und Fluch seiner in vielem vorbildlichen Zivilisation eng beieinander lagen, wirkte für den ungefestigten Nationalstaat, der auf Konsolidierung ebenso wie auf Bewegung angewiesen war, zumindest problematisch.

Das moderne Deutschland entbehrte schließlich einer „ostensiblen“ Missionsidee⁷⁾: Im Vergleich mit dem angelsächsischen Zivili-

³⁾ *David Calleo*, *The German Problem Reconsidered. Germany and the World Order, 1870 to the Present*. Cambridge/London/New York/Melbourne 1978, 206.

⁴⁾ *Helmuth Plessner*, *Die verspätete Nation. Über die Verführbarkeit bürgerlichen Geistes*. 5. Aufl. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1969.

⁵⁾ *Theodor Schieder*, *Grundfragen der neueren deutschen Geschichte. Zum Problem der historischen Urteilsbildung*, in: Helmut Böhme (Hrsg.), *Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1879*. Köln/Berlin 1968, bes. 27 ff.

⁶⁾ *Sebastian Haffner*, *Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick*. München 1987, 15.

⁷⁾ *Ludwig Dehio*, *Gedanken über die deutsche Sendung 1900–1918*, in: ders., *Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert*. München 1955, 94.

sationsauftrag der Briten und Amerikaner; mit dem republikanischen Bürger- und Menschenrechtsprogramm der Franzosen; mit dem grimmig aggressiven Panlawismus und Kommunismus der Russen und Sowjets verfügte das Reich über „Nichts-als-Staatlichkeit“⁸).

Alles in allem waren die Bürden, die der Bismarckstaat von Anfang an zu schultern hatte, enorm; allein, sie gehörten nun einmal zu seiner Existenz, bildeten jene „Normalität der deutschen Außergewöhnlichkeit“⁹), mit der zum Ausgleich zu finden die Aufgabe der Staatskunst war.

Ihr generell schwieriges Mandat wurde dadurch erschwert, daß das spät Erworbene, der Nationalstaat, noch keine historische Selbstverständlichkeit zu beanspruchen vermochte. Er stand vielmehr, zumal in der Bewährungsprobe einer internationalen Krise oder gar des großen Krieges, leichter zur Disposition, als das für andere Mitglieder der Pentarchie zutraf. Gefühl und Gefahr des Episodischen wurden seine ständigen Begleiter, deren unklarer Ratschlag aufs Ganze konfus wirkte. Daher lebte das Reich oftmals mit dem „Gift in der Tasche“¹⁰); huldigte nicht selten einer gefährlichen „Philosophie des Umsteltseins“¹¹); zeigte in extremen Lagen eine schwer berechenbare Neigung zur Flucht nach vorn.

II.

Um mit den Folgen fertig zu werden, die sich durch die Gründung des deutschen Nationalstaates ergaben, bevorzugte Otto von Bismarck eine Außenpolitik der Saturiertheit. Mit voranschreitender Zeit erfreute sie sich bei den europäischen Mächten einer wachsenden Wertschätzung. Dagegen wurde sie im eigenen Land schon bald als eine zunehmend mürrischer getragene Hypothek der Bewegungslosigkeit empfunden. „Hier ist eigentlich alle Welt für den

⁸) *Carl Schmitt*, Die Stellung Lorenz von Steins in der Geschichte des 19. Jahrhunderts, in: Schmollers Jb. f. Gesetzgebung, Verwaltung u. Volkswirtschaft im Deutschen Reich 64/1, 1940, 3, mit Bezug auf Preußen.

⁹) *Norman Rich*, in: Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge (Teil II), in: Josef Becker/Andreas Hillgruber (Hrsg.), Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. München 1983, 178.

¹⁰) *Franz Mehring*, Zur preußischen Geschichte vom Mittelalter bis Jena. Berlin 1930, 201, mit Bezug auf Friedrich den Großen.

¹¹) *Harry Pross*, Preußens klassische Epoche, in: Hans-Joachim Netzer (Hrsg.), Preußen. Porträt einer politischen Kultur. München 1968, 57.

Krieg“, stellte Friedrich von Holstein, Mitarbeiter und Widersacher des Reichskanzlers, im Januar 1888 völlig zutreffend fest¹²): „Mit fast alleiniger Ausnahme von S[einer] D[urchlaucht], der die äußersten Anstrengungen macht, um den Frieden zu erhalten“. Tatsächlich handelte Bismarck dem mit brausender Leidenschaft nach politischer Dominanz verlangenden „Geist der Zeit“ in mannigfacher Hinsicht „entgegen“¹³). Und ohne Zweifel war Entscheidendes, was der um das Bestehende geradezu panisch Besorgte auf innen- und außenpolitischem Gebiet tat oder unterließ, im Sinne des Zeitgemäßen, der Tendenz nach rückwärtsgewandt, und das, was er damit abwehrte oder verdrängte, in dieser Perspektive fortschrittlich; nur: Das eine diente dem äußeren Frieden, das andere setzte ihn aufs Spiel.

Allerdings: Die kalkulierte Strategie des demonstrativen Verzichts bedeutete, weil im Zeitalter des Imperialismus alle Mächte von einem grassierenden „Raumrausch“¹⁴) ergriffen wurden, indirekten Machtverlust. Die verlockende Alternative einer ungestümen Ausdehnung freilich, die von allen Seiten immer lauter gefordert wurde, war geradezu lebensgefährlich. Bismarcks wohlüberlegte Politik der maßvollen Bescheidenheit zeitigte zugleich existenzhaltende und existenzbedrohende Konsequenzen. Denn was dem Großmachtsanspruch und dem Reichsbewußtsein entgegenkam, gefährdete den Bestand des Nationalstaates; und was für die Nation vorteilhaft war, genügte der Großmacht und dem Reich schon längst nicht mehr. Kurzum: Die Unverträglichkeit von innerer und äußerer Entwicklung, die Erhaltung des Friedens und des Status quo durch den Verzicht auf Freiheit und Bewegung ließ ein unverkennbares Dilemma zutage treten, das sich zwangsläufig zuspitzte: Übermächtig verlangte das Land nach anderen, zukunftssträchtigen, mitreißenen Antworten auf die sich innen- und außenpolitisch hochturmenden Probleme.

Sie zu geben, fiel dem Nachfolger Bismarcks im Amt des Reichskanzlers, dem Grafen Caprivi, zu. Ihre verheißungsvolle Kontur

¹²) *Gerhard Ebel* (Hrsg.), *Botschafter Paul Graf von Hatzfeldt. Nachgelassene Papiere 1838–1901*. T. 1. Boppard 1976, 657: Holstein an Graf Hatzfeldt vom 14. Januar 1888.

¹³) *Johannes Ziekursch*, *Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches*. Bd. 1. Frankfurt am Main 1925, 3.

¹⁴) *Theodor Schieder*, *Staatensystem als Vormacht der Welt 1848–1918*. Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1977, 253.

jedoch zeichnete sich, umgehend und populär, in jenem „Neuen Kurs“ der äußeren Politik Deutschlands ab, den der junge Kaiser Wilhelm II. unüberhörbar proklamierte. Wenn er die Deutschen „herrlichen Tagen“¹⁵⁾ entgegenzuführen hochgemut in Aussicht stellte, entsprach das dem sehnennden Kollektivgefühl entschieden mehr als die lendenlahme Politik einer blutleeren Stagnation in der zurückliegenden Ära Bismarck. Denn, weit entfernt von den einseitigen Deutungen Späterlebender, war das Deutsche Reich alles andere als innerlich krank, äußerlich schwach oder gar vom Todeskeim gezeichnet; im Gegenteil: Gesund, kraftvoll und tatenfroh streifte es die lästigen Fesseln eines überalterten Regiments ab und spähte neugierig nach fernen Ufern. Daß der begehrte Aufbruch dem übermütigen Tun des jungen Ikarus glich, ahnte zeitgenössisch kaum jemand unter denen, die der strengen Herrschaft des alten Dädalus überdrüssig waren.

Was änderte sich in der kurzen Ära Caprivi auf außenpolitischem Feld? Das alles andere als leicht durchschaubare Wesen der bismarckschen Bündnispolitik hatte nicht darin gelegen, einen kommenden Waffengang zu bestehen, sondern seinen Ausbruch gerade zu verhindern. Sie war daher für den casus belli weitgehend ungeeignet. Ihre rätselhafte Disposition aber vermochte dem neuen Kanzler, der den „Zweifrontenkrieg“ jeweils für das „nächste Frühjahr“¹⁶⁾ erwartete, überhaupt nicht einzuleuchten. Nach seiner lauterer Überzeugung mußte das bestehende Vertragssystem von Grund auf verändert werden, weil es Deutschland „im entscheidenden Moment ... isolieren“ würde, „weil es uns nicht gestattete, der Freund unserer Freunde und der Feind unserer Feinde zu sein“.¹⁷⁾ Mit seinem aufrichtigen Bemühen darum, verlässliche Allianzverhältnisse zu schaffen, dem der berühmte Rückversicherungsvertrag zum Opfer fiel, verstärkte Caprivi die allgemeine Tendenz zum bewaffneten Frieden, die allmählich in den lautlosen Kriegszustand überging. An die Stelle des politischen Gleichgewichts schob sich

¹⁵⁾ *Ernst Johann* (Hrsg.), *Reden des Kaisers. Ansprachen, Predigten und Trinksprüche Wilhelms II.* 2. Aufl. München 1977, 58: Festmahl des Brandenburgischen Provinziallandtages am 24. Februar 1892.

¹⁶⁾ *Alfred von Tirpitz*, *Erinnerungen.* 5., durchges. u. verbes. Aufl. Berlin/Leipzig 1927, 23.

¹⁷⁾ *Denkschrift Raschdaus* vom 15. Juli 1890 (Archivdokument), zit. bei *Konrad Canis*, *Zur Außenpolitik der Regierung des „Neuen Kurses“ nach 1890*, in: *ZfG* 31, 1983, 985.

die militärische Balance: das provisorisch Flexible mußte dem definitiv Starren weichen. Seine Außenpolitik, die in gegenwartsbezogener Perspektive ungemein modern anmutende Züge trug, fundierte der redliche Nachfolger des bereits zu seinen Lebzeiten zum Mythos gewordenen Reichsgründers auf militärische Abschreckung und wirtschaftliche Exportoffensiven. Denn von zweierlei war der geradlinige Soldat, der Bismarcks widersprüchlich harmonischem Machtspiel aus Gewichten und Gegengewichten nichts abzugewinnen vermochte, fest überzeugt: Zum einen davon, daß sich „jede politische Frage ... zuletzt auf einen militärischen Faktor“¹⁸⁾ reduziere; daher rangierte für ihn die Strategie mit beinahe ungeprüfter Regelmäßigkeit vor dem Diplomatischen. Zum anderen teilte er fortschrittlichen Sinnes die sich allgemein einstellende Überzeugung, daß „heutzutage die innere und äußere Politik“ auf „national-ökonomischen Fragen“¹⁹⁾ aufbaue; mithin substituierte für ihn das Ökonomische zu weiten Teilen die Politik, das heißt aber: Zugunsten von Mars und Merkur zeichnete sich von jetzt an eine Tendenz zum Politikverlust ab, deren zweifelhafte Entfaltung beileibe nicht auf das Reich beschränkt blieb. Dennoch betraf sie Deutschlands Entwicklung, die auf das Gelingen überlegener Staatskunst in eminentem Maße angewiesen war, noch empfindlicher als die seiner Nachbarn. Weil Caprivi den einen, die industrielle Entwicklung und soziale Mobilität forderten, nicht weit genug, und den anderen, die agrarischen Interessen und gesellschaftlicher Beharrung anhängen, zu weit ging, mußte er schließlich seinen Abschied nehmen.

Der Weg für ein ganz und gar anderes, wahrhaft tollkühnes und letztlich Unheil bringendes Experiment war frei. Mit dem berühmten „Tirpitz-Plan“²⁰⁾, einer gigantischen Aufrüstung zur See, ergriff das Deutsche Reich während der Ära Bülow die „kalte Offensive“²¹⁾ und eröffnete den „trockenen“ Krieg“²²⁾ gegen England. Ohne die kontinentale Qualifikation erworben zu haben, drängte es

¹⁸⁾ *Michael Behnen* (Hrsg.), *Quellen zur deutschen Außenpolitik im Zeitalter des Imperialismus 1890–1911*. Darmstadt 1977, 71: Rede Caprivis im Reichstag am 23. November 1892.

¹⁹⁾ *John C. G. Röhl* (Hrsg.), *Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz*. Bd. 1–3. Boppard 1979–1983, hier Bd. 2, 1029: Philipp Eulenburg an Caprivi vom 24. Februar 1893.

²⁰⁾ *Volker R. Berghahn*, *Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II.* Düsseldorf 1971.

²¹⁾ *Dehio*, *Gedanken über die deutsche Sendung* (wie Anm. 7), 81.

²²⁾ *Hans Delbrück*, *In Wehr und Waffen*, in: *Preußische Jbb.* 142, 1910, 266.

sich zum weltgeschichtlichen Finale; betrachtete die Schlachtflotte als „eine Art von Bündnisersatz“²³⁾, ohne zu ahnen, daß sie ihm zum Vehikel in die Isolierung geriet; griff nach den Sternen und vergaß, daß es auf schwankendem Boden stand. Unbemerkt plante der ehrgeizige Herausforderer die Risikozone zu durchheilen, die so lange bestand, wie er selber anfällig und die neue Waffe noch nicht einsatzbereit war. Im vorläufigen Schutz einer unschuldsvollen Verborgenheit, die ihrerseits bis zum Verdächtigen auffällig wirkte, ging das unstete Reich daran, die Staatenwelt zu revolutionieren; ihre Ordnung auf den Kopf zu stellen; ganz nach oben, an die Spitze vorzustößen. Der britischen Erbfolge währte sich der verblendete Emporkömmling so gut wie sicher.

Natürlich war es ein Köhlerglaube, leichtsinnig darauf zu vertrauen, man könne sein Pulver trocken halten, bis man es zu zünden beliebte. Von den internationalen Reaktionen ganz abgesehen, mußte der mit dem Schleier des Belanglosen getarnte Überrumpelungsversuch schon deshalb scheitern, weil die eigene Nation, ohne sich darüber voll im klaren zu sein, maßgeblich zu seinem Mißlingen beitrug. Denn der Monarch, das Parlament und die Öffentlichkeit frönten, gedankenlos und schwadronierend, dem Unruhe verbreitenden Glauben an eine mit gefährlicher Unbestimmtheit beschworene Weltpolitik. Sie machte den heimlich Aufrüstenden, wider Willen und doch mit Notwendigkeit, zu einem höchst argwöhnisch beobachteten Subjekt allgemeiner Aufmerksamkeit. Um nicht künstlich zu trennen, was natürlich zusammengehört, sei umgehend hinzugesetzt: Der wuchernde, immer giftiger ins Kraut schießende Nationalismus, der im Außenpolitischen seine destruktiven Wirkungen entfaltete, trug im Innenpolitischen zur erforderlichen Konsolidierung der jungen Nation bei.

Dessenungeachtet lag das Besondere, das Gefahrbergende, das Fatale des deutschen Imperialismus darin, daß er das über Meere und Welten gebietende Großbritannien unmittelbar vor der englischen Haustür mit einem provozierenden Flottenaufgebot herausforderte, also die insulare Unverwundbarkeit der führenden Macht auf dem Globus in Frage stellte. Als die Deutschen sich anschickten, ein Imperium zu erobern, gefährdeten sie gerade das, was sie festigen und erweitern wollten, nämlich die Großmacht und den Nationalstaat.

²³⁾ *Gerhard Ritter*. Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens. München 1948, 136.

Eigene Entschlüsse, eigenes Handeln und eigene Verantwortung brachten es mit sich, daß sie binnen kurzem, in der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts, einer feindlichen Formation ausgekreist gegenüberstanden. Doch in gründlicher Verkennung des Tatsächlichen kamen sie sich selber umgehend eingekreist vor. Nur durch energisches Auftreten, so erschien es ihrem eigenbetörten Sinn, vermochte der zeitgenössisch so genannte „eiserne Ring“²⁴⁾ gesprengt zu werden. Daß brüchiges Eis durch wütendes Aufstampfen nicht fester wird, entzog sich ihrem kognitiven Vermögen.

Die beklagenswert ernste Lage, die der rundum gescheiterte Bülow im Jahre 1909 hinterließ, war nicht das unentrinnbare Erbe der bismarckschen Reichsgründung, sondern das herbeigeführte Resultat der wilhelminischen Fehlentscheidungen: Die schwierige Ausgangslage der Deutschen hatte sich zum dramatischen Existenzproblem verschärft.

Zielstrebig ging der ansonsten eher bedächtige Bethmann Hollweg, der neue Reichskanzler, daran, das deutsche Dilemma zu lösen. Er faßte eine außenpolitische Option zugunsten von Großbritannien ins Auge, die sich in innenpolitischer Perspektive mit dem zukünftig dominierenden Zug der Zeit zur Parlamentarisierung zu vertragen schien. Den „latenten Krieg“²⁵⁾ und das ruinöse Wettrüsten mit England suchte der behutsame Detentepolitiker zu beenden; wollte statt dessen an Großbritanniens Seite Weltpolitik ohne Krieg betreiben; spekulierte auf überseeische Gewinne, um mit außenpolitischem Schwung innenpolitischen Erfolg zu erzielen. Alles entscheidend hing das von vornherein unsichere Gelingen seines umstrittenen Versuchs von der Bewahrung des äußeren Friedens ab. Solange es zu verantworten war, bemühte er sich nach Kräften darum, die innerhalb des Reiches immer schriller geforderte militärische Entscheidungsschlacht zu vermeiden. Über eines hegte der unbestechlich Urteilende nämlich, anders als manche seiner Zeitgenossen, keinerlei Illusion: „In einem zukünftigen Krieg, der ohne zwingenden Anlaß unternommen wird“, warnte er seine säbelraselnden und staatsstreichdrohenden Widersacher, allen voran den unreifen Kronprinzen, einen bramabasierenden Lebemann, „steht

²⁴⁾ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. Bd. 223. Berlin 1909, 6022: Philipp Scheidemann am 5. Dezember 1908 im Reichstag.

²⁵⁾ *Wilhelm Widenmann*, Marineattaché an der kaiserlich-deutschen Botschaft in London 1907–1912. Göttingen 1952, 312.

nicht nur die Hohenzollernkrone, sondern auch die Zukunft Deutschlands auf dem Spiel.“²⁶⁾

Allein, Bethmann Hollwegs Kurs der machtgeschützten Entspannungspolitik sah sich mannigfachen Anfeindungen ausgesetzt, die ihn zuweilen bis an den Rand des Scheiterns brachten. Mit der vor nichts zurückschreckenden Besessenheit des kalt kalkulierenden Fanatikers spielte Großadmiral Tirpitz seinen mörderischen Rüstungspoker weiter. Mit jedem Hammerschlag, der auf eine Niete deutscher Schlachtschiffe fiel, diagnostizierte der britische Marineminister Winston Churchill rückblickend²⁷⁾ den Zusammenhang von Rüstungswettlauf und Bündnisbildung mit rechtfertigender Vereinfachung des an sich viel komplizierter Gefalteten, wurde die Triple-Entente zwischen Frankreich, Rußland und England enger zusammengeschmiedet. Als das lange zugunsten der Seestreitkräfte vernachlässigte Heer vom Jahre 1912 an endlich verstärkt wurde, ging diese an sich vertretbare Initiative mit einer um sich greifenden Militarisierung der Gesellschaft und mit einer steigenden Präventivkriegsneigung im Offizierskorps einher. Allem nüchtern Überlegten wurde mit blanker Hysterie der unerbittliche Kampf angesagt. Dennoch schien sich, bis in den Sommer des Jahres 1914 hinein, die zäh verfolgte Ausgleichschance mit Großbritannien zu realisieren. Freilich: Vom Mai 1914 an erreichte den darüber zutiefst verstörten Bethmann Hollweg die durch „Geheimnisverrat“²⁸⁾ zugetragene Tarennachricht, daß die weltmächtlichen Rivalen, Briten und Russen, hinter dem Rücken des Reiches über eine bilaterale Marinekonvention mit antideutscher Spitze verhandelten. Die Außenpolitik des Kanzlers stand auf dem Spiel!

Gewiß, längst hatte sich Bethmann Hollweg, wie er dem deutschen Botschafter in Sankt Petersburg gegenüber am 30. Juli 1912 mit nüchternem Realismus bekannte, damit abgefunden, daß man das Reich in Europa nicht gerade liebe²⁹⁾: „Dafür sind wir zu stark,

²⁶⁾ Eigenhändiger Entwurf Bethmann Hollwegs [ohne Datum], zit. bei *Hartmut Pogge-von Strandmann*, Staatsstreichpläne, Alldeutsche und Bethmann Hollweg, in: ders./Immanuel Geiss, Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Frankfurt am Main 1965, 36.

²⁷⁾ Vgl. *Winston S. Churchill*, The World Crisis 1911–1914. London 1923, 115.

²⁸⁾ *Erwin Hölzle*, Der Geheimnisverrat und der Kriegausbruch 1914. Göttingen 1973.

²⁹⁾ Bethmann Hollweg an Pourtalès vom 30. Juli 1912 (Archivdokument), zit.

zu sehr Parvenü und überhaupt zu eklig.“ Die zwingende Schlußfolgerung, die sich daraus mit geradezu nötiger Eindringlichkeit ergab, verwies ihn immer wieder auf die englische Verständigung, die jetzt auf einen Schlag in die Brüche zu gehen drohte.

Doch die Einigung mit Großbritannien fiel nicht allein der internationalen Entwicklung zum Opfer. Seit langem schon wurde sie durch eine innenpolitische Tendenz ausgehöhlt, unterlaufen und schließlich zerstört, die ursächlich mit dem unversöhnten Gegensatz zwischen „Staatskunst und Kriegshandwerk“³⁰⁾ zu tun hatte. Mit „beinahe grotesker Unnatur“³¹⁾ sah der nach seinem Urheber Graf Schlieffen benannte Aufmarschplan des deutschen Heeres, in welcher Region des Kontinents es auch immer zum bewaffneten Konflikt kommen sollte, eine Militärplanung vor, die lediglich auf den westlichen Angriff eingerichtet war. Zur gleichen Zeit bemühte sich die äußere Politik des Reiches um eine Versöhnung mit England, das seinerseits ein von Deutschland mit Krieg überzogenes Frankreich und Belgien nicht im Stich lassen konnte. Empfindlich störte das Kriegshandwerk die Staatskunst; verhängnisvoll wirkte der blinde Glaube an die allein entscheidende Macht der Waffen; gefährlich drohte das beim Militär und in der Öffentlichkeit zunehmende Verlangen nach dem Krieg den hinhaltenden Widerstand der zivilen Reichsleitung zu überspielen. Zuweilen blieb Bethmann Hollweg nur die tiefblickende Klage über die politische Unerfahrenheit der Deutschen, die noch nicht lange am globalen Wettbewerb der Mächte teilnahmen³²⁾: „Wir sind ein junges Volk, haben vielleicht allzuviel noch den naiven Glauben an die Gewalt, unterschätzen die feineren Mittel und wissen noch nicht, daß, was die Gewalt erwirkt, die Gewalt allein niemals erhalten kann ... Wir sind noch nicht soweit. Wir sind ... unseres inneren Wesens, unseres nationalen Ideals nicht sicher und bewußt genug. Es liegt wohl in der Eigenart unserer ... individualistischen und noch nicht ausgegliche-

bei *Gregor Schöllgen*, Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage 1871–1914. München 1984, 439.

³⁰⁾ *Gerhard Ritter*, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland. Bd. 1–4. München 1954–1968.

³¹⁾ *Ders.*, Der Anteil der Militärs an der Kriegskatastrophe von 1914, in: HZ 193, 1961, 72–91, hier 88.

³²⁾ Bethmann Hollweg an Karl Lamprecht vom 21. Juni 1913, publiziert in einem Artikel Lamprechts in der „Vossischen Zeitung“ vom 12. Dezember 1913, auszugsweise abgedr. bei *J. J. Ruedorffer* (= Kurt Riezler), Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart. Stuttgart/Berlin 1914, 251 Anm. 20.

nen Kultur, daß sie nicht die gleiche suggestive Kraft hat wie die britische und französische ...“

Als die verhängnisvollen Schüsse von Sarajevo den Österreichern und Deutschen die sogenannte Julikrise zu eröffnen Gelegenheit boten, ergriff der in die Enge getriebene Herausforderer von einst die zwischen Defensive und Offensive oszillierende Flucht nach vorn. Deutschland übernahm, ohne damit die Alleinschuld zu tragen, die initiiierende Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Nicht zum Zuge gekommen waren solche Alternativen gegenüber der Politik der Regierung, die in der von hektischer Nervosität erfüllten Atmosphäre der letzten Friedensjahre zur Debatte gestanden hatten. Diese Feststellung gilt zum einen für die beispielsweise vom Deutschen Wehrverein lauthals propagierte Forderung, die bürgerliche Erwerbsgesellschaft in eine zum permanenten Waffengang befähigte militaristische „Rüstungsgesellschaft“³³⁾ zu verwandeln. Diese Beobachtung bezieht sich zum anderen auf die jäh unterbrochene Entwicklung zu einer neuartigen Wirtschaftsgesellschaft, die den herkömmlichen Machtbegriff mit überlegener Qualität aufzufüllen versprach. Ihren vielversprechenden Aussichten verlieh Hugo Stinnes den treffenden Ausdruck, als er im September 1911 von kriegerischen Abenteuern Abstand zu nehmen riet und die optimistische Ansicht vertrat³⁴⁾: „noch 3–4 Jahre ruhiger Entwicklung, und Deutschland ist der unbestrittene wirtschaftliche Herr in Europa“. Indes, das in Jahrhunderten europäischer Geschichte Angereicherte, die politische Tradition, die sich in einem so wirkungsmächtigen Begriff wie dem des Prestiges verdichtete und keineswegs im ökonomischen Angebot der Moderne aufging, setzte sich, wie eh und je, durch, das heißt aber: Im Rahmen der Staatengeschichte war das, was die Deutschen, in tolldreistem Aktionismus und in verzweifelter Reaktion, bis zum Kriegsausbruch, sogar unter seinem Einschluß taten, vor dem Hintergrund des bis dahin Üblichen, Bekannten, nicht prinzipiell Abgelehnten durchaus normal, soweit ein Krieg, der Ausnahmezustand par excellence, das überhaupt sein kann.

Im August 1914 setzte die deutsche Großmacht zu einem waghalsigen Sprung an, um vom Nationalstaat über die Hegemonie zur Weltmacht aufzusteigen. Sie begab sich damit in die tödliche Ge-

³³⁾ *Michael Geyer*, Deutsche Rüstungspolitik 1860–1980. Frankfurt am Main 1984, 89.

³⁴⁾ *Heinrich Clafß*, Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich. Leipzig 1932, 217.

fahr, daß dem Reich als Großmacht und Nation das Ende drohen konnte. Bis zum Jahre 1916/17 schob sich, neben anderen Vorstellungen über die künftige Gestalt des „Größeren Deutschland“³⁵⁾, die historisch abgeleitete Idee von einem deutsch beherrschten Mitteleuropa, das um überseeischen Besitz zu komplettieren war, in den Vordergrund der wild ausufernden Kriegszieldebatte. Dagegen favorisierte, nachdem die rauschhaften Illusionen vom raschen Sieg in den morastigen Gräben eines blutigen Stellungskrieges versunken waren, Reichskanzler Bethmann Hollweg zunehmend mehr einen Hubertusbürger Frieden: „Wenn wir diese Übermacht bestehen und verhandlungsfähig herauskommen“, erläuterte er den zeitgenössisch unpopulären Gedanken über die Identität von Überleben und Erfolg Ende Oktober 1916 vor dem Bundesratsausschuß³⁶⁾, „so haben wir gewonnen.“

Diese mutige Idee gegen den wütenden Widerstand der hybriden Kriegszielenthusiasten in die rettende Tat umzusetzen blieb dem im Sommer 1917 zum Sturz Getriebenen verwehrt. In der sich buchstäblich überschlagenden Endphase des mittlerweile weltweiten Krieges, im Zeitraum der Jahre 1917/18 also, traten drei grundlegende Wahlchancen deutscher Außenpolitik und Kriegführung zutage. Zum einen verfolgte Richard von Kühlmann, der neu ins Amt berufene Staatssekretär des Auswärtigen, mit nachgerade trauriger Hilflosigkeit das bereits entschwundene Ziel, der deutschen Großmacht im überlieferten Rahmen des „alten Europa“ ihren angemessenen Platz zu sichern. Zu bewahren gelte es den rückblickend vorteilhaften „Zustand“ des Kontinents, „wie er in den letzten vierzig Jahren bestanden hat“ und „so unerträglich“³⁷⁾ keineswegs gewesen sei.

Zum anderen machte sich eine vorläufig noch in der embryonalen Form des Unentwickelten verharrende Tendenz zum Neuen,

³⁵⁾ *Walter Mogk*, Paul Rohrbach und das „Größere Deutschland“. Ethischer Imperialismus im Wilhelminischen Zeitalter. Ein Beitrag zur Geschichte des Kulturprotestantismus. München 1972.

³⁶⁾ Bethmann Hollweg am 30./31. Oktober 1916 vor dem Bundesratsausschuß (Archivdokument), zit. bei *Ritter*, Staatskunst und Kriegshandwerk (wie Anm. 30), Bd. 3, 336.

³⁷⁾ Kühlmann vor dem Hauptausschuß des Reichstages am 28. September 1917, zit. nach *Wolfgang Steglich* (Hrsg.), Die Friedensversuche der kriegführenden Mächte im Sommer und Herbst 1917. Quellenkritische Untersuchungen, Akten und Vernehmungsprotokolle. Wiesbaden/Stuttgart 1984, Motto.

Fortschrittlichen und Zukunftweisenden bemerkbar, die auf die republikanische Außenpolitik von Weimar hinwies. Aufgeklärte Repräsentanten aus der Welt der Wirtschaft wie Max Warburg; reformerische Kräfte im Auswärtigen Amt wie Wilhelm Solf; Vertreter der Sozialdemokratie, des Linksliberalismus und der Zentrumspartei setzten auf eine prinzipielle, wirtschaftlich und völkerrechtlich geläuterte Metamorphose der äußeren Politik.

Und zum dritten begründete, von einem wahrhaft napoleoni-schen Eroberungsrausch befallen, General Ludendorff auf dem Terrain des besiegten Sowjetrußland ein kontinentales Großreich, dessen verführerische Spur weit über sich hinaus in eine düstere Zukunft deutete. Im täuschenden Zauberlicht zwischen scheinbarem Triumph und tatsächlicher Niederlage tauchte die geschichtliche „Augenblickerscheinung“³⁸⁾ eines deutschen Ostimperiums auf, das strategische Unbesiegbarkeit zu garantieren versprach, wehrwirtschaftliche Autarkie zu gewähren schien, für „völkische“ Migrations-, Siedlungs- und Kolonisationsexperimente bereitstand und „Zuchtstätten für Menschen, die für weitere Kämpfe nach Osten nötig sind“³⁹⁾, bieten sollte.

Zwischen der verlorenen Vergangenheit und einer ungewissen Zukunft trat in der lastenden Gegenwart des andauernden Krieges hervor, was durch die unvorhersehbare Begebenheit des russischen Zusammenbruchs zeitweise aus dem verkürzten Blickwinkel geraten war und durch das weltgeschichtliche Auftreten der Amerikaner an der Seite der Briten und Franzosen allmählich zu einer bitteren Gewißheit wurde: „Für das Schweben zwischen zwei Weltmächten, wie sie England und Rußland darstellen“, lautete der einsichtsvolle Kommentar Philipp Eulenburgs, des ehemaligen, inzwischen in tiefste Ungnade gefallenen Freundes von Kaiser Wilhelm II.⁴⁰⁾ „waren wir nicht stark genug – trotz unseres österreichischen Bündnisses.“

Über das Machtpolitische hinaus zeigte sich, mit noch krasserer Deutlichkeit als zuvor schon, ein weiteres Defizit im prekären Dasein des mittlerweile empfindlich geschwächten Kolosses in der

³⁸⁾ *Haffner*. Von Bismarck zu Hitler (wie Anm. 6), 141.

³⁹⁾ Ludendorff an Hans Delbrück vom 29. Dezember 1915 (Archivdokument), zit. bei *Egmont Zechlin*, Ludendorff im Jahre 1915. Unveröffentlichte Briefe, in: ders., *Krieg und Kriegsrisiko. Zur deutschen Politik im Ersten Weltkrieg*. Aufsätze. Düsseldorf 1979, 225.

⁴⁰⁾ *Röhl* (Hrsg.), *Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz* (wie Anm. 19), Bd. 3, 2230: Aufzeichnung Eulenburgs vom Februar 1917.

Mitte Europas. Als die herrschsüchtigen Ideologien Wilsons und Lenins in zwillingshafter Unverträglichkeit den Geschichtsplan jede für sich reklamierten, hatten die Deutschen dem nichts Wettbewerbsfähiges entgegenzusetzen. Weder die „Ideen von 1914“, die den Beginn des Krieges begleiteten, noch die Forderungen nach einem „nationalen Sozialismus“, die an seinem Ende aufkamen, vermochten, weil sie ohne Ausstrahlung blaß und auf das Eigene begrenzt blieben, mit einem universalen Weltgedanken die anderen herauszufordern. Im Gegenteil: „Um Europa einen dauerhaften Frieden zu sichern“, forderte eine Denkschrift des französischen Außenministeriums im Oktober 1918⁴¹⁾, „muß das Werk Bismarcks zerstört werden ...“ Daß es anders kam, mag wie das wiederholte „Mirakel des Hauses Brandenburg“⁴²⁾ wirken, war aber, noch weniger als die Rettung Preußens im Siebenjährigen Krieg, beileibe kein Wunder. Als Gegengewicht zum revolutionären Rußland, dessen expansionshungriges Bewegungsgesetz ein dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Chaos überlassenes Machtvakuum in Mitteleuropa leicht für sich eingenommen hätte, war ein stabiles Deutschland, zumal es inzwischen parlamentarische, bald darauf republikanische Gestalt besaß, schlicht unverzichtbar. Zur unerwarteten Gunst des Äußeren trat der unerschütterliche Wunsch im Inneren: Die Opposition von 1914, allen voran die SPD, mehr noch, die Besiegten von 1866, Katholiken und Sozialisten, retteten das Bismarckreich. Wo die alte Hohenzollernmonarchie versagt hatte, bewährte sich die junge Nation.

Ein erster Blick auf die Geschichte der Weimarer Außenpolitik gibt nichts anderes als ungeheure Bürden zu erkennen: Versailles, Separatismus, Reparationen, die den erniedrigten und amputierten Nationalstaat auf die Knie zwangen. Im schrecklichen Krisenjahr 1923 schien das „Ende Deutschlands“⁴³⁾ tatsächlich bevorzustehen. Mitleidlos wurde dieses radikale Ziel von der französischen Siegermacht verfolgt, die buchstäblich bis über den Jüngsten Tag hinaus um ihre Sicherheit besorgt war. Ohne das bei Kriegsende und im

⁴¹⁾ Denkschrift des französischen Außenministeriums vom 25. Oktober 1918 (Archivdokument), zit. bei *Gitta Steinmeyer*. Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917–1919. Stuttgart 1979, 115.

⁴²⁾ *Johannes Kunisch*, Das Mirakel des Hauses Brandenburg. Studien zum Verhältnis von Kabinettspolitik und Kriegführung im Zeitalter des Siebenjährigen Krieges. München/Wien 1978.

⁴³⁾ *Antonia Vallentin*, Stresemann. Vom Werden einer Staatsidee. München/Leipzig 1948, 106.

Friedensvertrag festgelegte anzuerkennen, vermochte sich der furchtsame Hegemon nicht von der ruinösen Zwangsvorstellung zu lösen, den unheimlichen Nachbarn im Osten am liebsten mit dem Exekutionsinstrument eines neuen Westfälischen Friedens in seine Teile zu zergliedern.

Angesichts der alltäglichen Misere der Deutschen blieb jedoch zweierlei, unglücklicherweise, muß man mit anklagendem Bedauern hinzusetzen, seltsam unbemerkt: Das war zum einen die Tatsache, daß der Fortbestand des ungeteilten Nationalstaates beileibe nicht selbstverständlich, sondern vielmehr außergewöhnlich war. Das war zum anderen die Beobachtung, daß sich die Lage des noch einmal Davongekommenen, der nach wie vor potentiellen Großmachtstatus besaß, im Grundsätzlichen sogar verbessert hatte: Den russisch-französischen Zweifrontendruck gab es nicht mehr länger; die lästigen Rücksichten auf den österreichisch-ungarischen Alliierten waren entfallen; die neuen Staaten Zwischeneuropas tendierten auf Dauer eher zum Deutschen Reich als zu ihrem französischen Geburtshelfer und Patron.

Indes: Die Weimarer Republik hatte von Anfang an mit einer halbierten Staatsräson zu leben! Gegen die Westmächte, England und Frankreich, die für ihre innere Orientierung das übernommene Vorbild abgaben, mußte sie mit erbitterter Entschiedenheit vorgehen, weil sich die Entente als Hüterin der Versailler Ordnung der äußeren Revision des Reiches hartnäckig widersetzte. Diese fundamentale Widersprüchlichkeit zwischen dem innen- und außenpolitischen Bewegungsgesetz des Staates trug zu einer „weltpolitischen Sonderstellung Deutschlands in den zwanziger Jahren“⁴⁴⁾ bei. Zwischen dem Osten und dem Westen, die beide um der Deutschen Gunst, ja um ihre Seele rangen, eröffnete sie verlockende Chancen und barg gleichzeitig mannigfache Gefahren. Das Reich glich tatsächlich, wie Stresemann im Sommer 1925 mit unüberhörbarem Stolz klagte, „dem Reiter in der Fabel, dem zur Seite diejenigen traben, die ihn zu sich herüberziehen wollen“⁴⁵⁾. Der Umworbene konnte allerdings genausoleicht, was ihm Karl Radek am 18. Januar

⁴⁴⁾ *Werner Conze*, Deutschlands weltpolitische Sonderstellung in den zwanziger Jahren, in: VfZG 9, 1961, 166–177.

⁴⁵⁾ Manuskript vom 5. August 1925 (Archivdokument), zit. bei *Michael-Olaf Maxelon*, Stresemann und Frankreich 1924–1929. Deutsche Politik der Ost-West-Balance. Düsseldorf 1972, 185 Anm. 77.

1925 in der „Iswestija“ warnend vor Augen führte, „zwischen zwei Stühlen“⁴⁶⁾ landen.

Allein, der republikanischen Außenpolitik Gustav Stresemanns gelang es, das vielfältig, nicht selten feindlich Auseinanderstrebende, die aktuellen Bündnischancen zwischen der Sowjetunion und Großbritannien; die historische Erbschaft aus Macht und Freiheit; die klaffende Antinomie von Reich und Republik in einer zukunftsverheißenden Synthese zusammenzufügen. Alles, was dem langjährigen Außenminister, um äußere Politik betreiben zu können, überhaupt zur Verfügung stand, war der Einsatz des „Einzigsten, womit wir noch Großmacht sind“⁴⁷⁾, der wirtschaftlichen Kraft. Seine außenpolitischen Ziele waren gleichwohl ehrgeizig: Restauration des Nationalstaates und Vormacht in Mitteleuropa. Mochten diese Ideen auch widerwärtig alt anmuten, Stresemanns Methode, sich ihnen zu nähern, war gewinnend neu. Nicht gegen Europa, sondern zusammen mit ihm, ging er mit zäher Geduld daran, mit langem Atem dauerhafte Kompromisse zu erzielen, nicht aber mit abstoßendem Wankelmut nach fragwürdigen Erfolgen zu schnappen. Mit anderen Worten: Den in fast proteushafter Erscheinungsvielfalt auftretenden Revisionismus der Weimarer Republik allein mit der fortbestehenden Tradition der in Mißkredit geratenen Machtpolitik zu identifizieren, verfehlt wesentliche Bestandteile des historischen Phänomens. Altes und Neues, Ererbtes und Initiertes, Überlieferung und Aufbruch standen nebeneinander, arbeiteten teilweise auch gegeneinander und gingen doch alles in allem eine spezifische Legierung miteinander ein, die historische Eigenständigkeit erlangte. Allerdings, der deutschen Außenpolitik enteilt die innenpolitisch kostbare Zeit; das unverzichtbare Entgegenkommen der Westmächte auf dem hoffnungslos vergifteten Boden der überfällig wirkenden Revision kam zu zögernd; im Zeichen der großen Weltwirtschaftskrise verlor die notorisch instabile Republik vollends ihren Halt: Im Inneren trat der Antiparlamentarismus noch stärker hervor, als das bislang schon der Fall gewesen war; nach

⁴⁶⁾ Zit. nach *Helmut Grieser*, Die Sowjetpresse über Deutschland in Europa 1922–1932. Revision von Versailles und Rapallo – Politik in sowjetischer Sicht. Stuttgart 1970, 113.

⁴⁷⁾ Rede Stresemanns auf der Sitzung des Zentralvorstandes der DVP am 22. November 1925, abgedr. bei *Henry Ashby Turner Jr.*, Dokumentation. Eine Rede Stresemanns über seine Locarnopolitik, in: VfZG 15, 1967, 412–436, hier 434 (Diskussion).

außen machte sich der nackte Macht egoismus um so störender bemerkbar, als auch die anderen Staaten vom Gift des Nationalismus mehr und mehr schluckten.

„Innenpolitik durch Außenpolitik“⁴⁸⁾ wollten Heinrich Brüning und sein Außenminister Curtius treiben; gedachten „aus der Krankheit“ der wirtschaftlichen Schwäche „unsere Waffe“⁴⁹⁾ zu schmieden, um endlich die leidigen Zahlungsverpflichtungen an das Ausland loszuwerden. Als ein folgenschwerer Irrtum erwies sich das leichtfertig gefällte Urteil des neuen Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Bernhard von Bülow, daß „unsere innenpolitischen Wirrnisse ... uns außenpolitisch gar nicht schlecht bekommen“.⁵⁰⁾ Früh mußte sich der charismalose „Hungerkanzler“ Brüning den nicht zuletzt außenpolitisch gemünzten Vorwurf der „Erfolgsarmut“⁵¹⁾ gefallen lassen. Die vom Scheitern umwehten Aktivitäten seiner Nachfolger, von Papen und von Schleicher, waren notgedrungen auf das Innenpolitische konzentriert, wo sich „Tag für Tag und Sonntag für Sonntag“, wie ein entsetzter Beobachter seinem Tagebuch unter dem Datum des 12. Juli 1932 anvertraute⁵²⁾, eine „fortlaufende Bartholomäusnacht“ abspiele. Insgesamt: Die autoritären Kabinette verfolgten eine Außenpolitik, die sich von der Gustav Stresemanns ebenso abhob, wie sie sich von der Adolf Hitlers unterschied. Sie war autonom; sie war alles in allem eher von Nachteil als von Vorteil; sie war ohne Zweifel extrem nationalistisch, aber sie war auf keinen Fall nationalsozialistisch.

Eben diese spezifische Differenz zu entdecken, war für die Zeitgenossen diesseits und jenseits der deutschen Grenzen bis zur Unlösbarkeit schwierig. Fast unmerklich und scheinbar bruchlos nahm die ins Verderben führende Fahrt ins „Dritte Reich“ ihren unübersichtlichen Verlauf. Das Überkommene stellte, lange Zeit ungewollt, die Folie für das Abartige bereit. Der Eigenweg irrte, fast unbe-

⁴⁸⁾ *Sten Nadolny*, Abrüstungsdiplomatie 1932/33. Deutschland auf der Genfer Konferenz im Übergang von Weimar zu Hitler. München 1978, 143.

⁴⁹⁾ *Heinrich Brüning*. Memoiren 1918–1934. Stuttgart 1970, 309.

⁵⁰⁾ Bülow an Trautmann vom 6. Januar 1933 (Archivdokument), zit. bei *Peter Krüger/Erich J. C. Hahn*, Der Loyalitätskonflikt des Staatssekretärs Bernhard Wilhelm von Bülow im Frühjahr 1933, in: VfZG 20, 1972, 384.

⁵¹⁾ Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie B, Bd. 15. Göttingen 1980, 527: Staatssekretär von Bülow an die Deutsche Delegation in Genf vom 15. September 1930.

⁵²⁾ *Harry Graf Kessler*, Tagebücher 1918–1937. Frankfurt am Main 1961, 676.

merkt, in den Sonderweg ab. Das Allgemeine deutscher Geschichte mündete, allmählich und abrupt zugleich, ins Singuläre der Untat Hitlers ein.

Die Ideen vom großmächtlichen Nationalstaat; von der mitteleuropäischen Vormacht; selbst von der europäischen Hegemonie gehörten, wenn auch gewiß nicht ohne schwerwiegende Probleme zu bergen und kriegerische Gefahr heraufzubeschwören, zur Geschichte Europas. So zu denken und zu handeln begleitete den Eigenweg der Deutschen, den andere Völker, von ähnlichen Motiven, Zielen und Begierden geleitet, verlockt und getrieben, bereits zuvor eingeschlagen hatten. Das Geist und Sinn Verwirrende der nationalsozialistischen Außen- und Rassenpolitik, ihr buchstäblich Diabolisches lag darin, daß markante Phänomene, die der historischen Entwicklung nicht unvertraut waren, in der totalitären Diktatur scheinbar weiterexistierten, tatsächlich aber ihre geschichtliche, nicht zuletzt ihre moralische Dignität an ein alles überwucherndes, schließlich zerstörendes Dogma verloren.

Vor diesem Hintergrund beschreibt Hitlers ruchloses Experiment, mit Gewalt und Blut, mit „Waffenkrieg“⁵³⁾ und „Rassenkrieg“⁵⁴⁾ die angestammten „Mittelmachtfatalitäten“⁵⁵⁾ des Reiches auf immer und ewig zu überwinden, den letzten Akt in der deutschen Tragödie, die ein historisches Lehrstück für permanente Überbürdung darstellt. Mit anderen Worten: Auf dem keineswegs einbahnförmigen, aber durchaus zusammenhängenden Weg von Bismarck bis Hitler ist das objektiv Erreichbare nicht allein subjektiv vertan worden, sondern das subjektiv Begehrte war, oftmals jedenfalls, objektiv einfach nicht erreichbar. Doch diese historische Einsicht dämmerte erst in später, allzu später Stunde auf! Zuvor nämlich gelang dem Diktator, was keinem seiner Vorgänger zu realisieren vergönnt gewesen war: Mit dem „Anschluß“ Österreichs, der auch ein österreichischer „Anschluß“ war, erfüllte sich, unter schmerzlichem Verzicht auf das parlamentarische und demokratische Legat des erha-

⁵³⁾ Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D, Bd. 2. Baden-Baden 1950, 283: Weisung für Plan „Grün“, Berlin 30. Mai 1938 (Anlage).

⁵⁴⁾ Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich. Eine Dokumentation v. *Jost Dülffer, Jochen Thies u. Josef Henke*. Köln/Wien 1978, 303: Rede Hitlers am 10. Februar 1939 in Berlin an die Truppenkommandeure des Heeres.

⁵⁵⁾ *Joachim C. Fest*, Die deutsche Frage: Das offene Dilemma (Abschließender Essay), in: Wolfgang Jäger/Werner Link, Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt. Stuttgart/Mannheim 1987, 437.

benen Zusammenhangs, ein wesentlicher Teil jenes kühnen Traumes vom „Großdeutschland“ der Paulskirche⁵⁶⁾. Ihm war seit der Mitte des zurückliegenden Jahrhunderts die herbeigewünschte Verwirklichung durchgehend verwehrt geblieben. Allein, die einmalige Chance des Jahres 1938 wurde vertan, weil Hitler anderes wollte; weil selbst seine konservativen Helfer, von denen nicht wenige in absehbarer Frist zu seinen Opfern zählten, sich mit dem Erreichten nicht zu begnügen vorhatten. Der Tyrann seinerseits mißbrauchte die Idee des Imperiums, weil er das *Großdeutsche* Reich nur als eine marginale Etappe auf der rasenden Jagd in das „Großgermanische Reich“⁵⁷⁾ ansah. Wie so oft in der zwischen Krieg und Frieden hin- und hergerissenen Geschichte der dreißiger Jahre überlagerte das in Deutschland von vielen Erwünschte, das der „Führer“ ohne Blutvergießen zu erstreiten verstanden hatte, das vom Gewaltherrscher eigentlich Gewollte, das nicht ohne Blutzoll zu haben war.

Eine bemerkenswerte Tatsache, welche die Hitlerzeit in der außenpolitischen Perspektive von Kontinuität und Diskontinuität gegenüber anderen Epochen der deutschen Geschichte unterscheidet, tritt in diesem historischen Kontext unverkennbar zutage: Die traditionell beengte Ausgangslage des Bismarckstaates hatte der zu allem Entschlossene bereits wenige Jahre nach seiner „Machtergreifung“ hinter sich gelassen und verfügte über mehr äußeren Manövrierraum als jeder Kanzler vor ihm. Daher war es, und zwar ausschlaggebend, das zerstörerische Unmaß seiner historischen Vision, die ihn zum Getriebenen seiner eigenen Ziele machte. Rastlos ließ sie ihn von Eroberung zu Eroberung aufbrechen; verwies ihn ein ums andere Mal auf Auswege, die sich, beinahe umgehend, als Engpässe entpuppten. Notgedrungen hatte er am Ende keine andere Wahl mehr als die, für die er sich gleich am Beginn seiner atemverschlagenden Karriere freiwillig entschieden hatte, nämlich das Deutsche Reich entweder zur Weltmacht emporzuheben oder in den Untergang zu stoßen. Obwohl er beide Ziele nur knapp verfehlte, fand Deutschland sich im Angesicht der präzedenzlosen Katastrophe des Jahres 1945, vom moralischen Verlust ganz abgesehen, in nationalpolitischer Perspektive um hundert Jahre zurückgeworfen: Vom

⁵⁶⁾ Günter Wollstein, Das „Großdeutschland“ der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49. Düsseldorf 1977.

⁵⁷⁾ Hans-Günther Seraphim (Hrsg.), Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/35 und 1939/40. Göttingen 1956, 104; Adolf Hitler am 9. April 1940.

Reich, von der Großmacht und vom Nationalstaat blieb im bald einsetzenden Kalten Krieg nur noch die „deutsche Frage“ übrig.

III.

1945 ging zu Ende, was ein dreiviertel Jahrhundert zuvor begonnen hatte. Das Reich war vergangen. Daß es „noch einmal auf die Staatlichkeit reduziert werden kann, mit gleichzeitiger Reduktion des Staatlichen auf eine Funktion“⁵⁸⁾ in einem übergreifenden europäischen Bezug, hielt Reinhard Wittram bereits wenige Jahre nach dieser weltgeschichtlichen Zäsur für unwahrscheinlich.

Dem Zusammenbruch der Diktatur, der die Deutschen „erlöst und vernichtet in einem“⁵⁹⁾ zurückließ, fiel auch die Großmacht zum Opfer; blieb für die Deutschen geraume Zeit außerhalb jeder Diskussion; geriet, was den bedingungslos Besiegten generell angeht, unter den allgemeinen Verdacht der Welt.

Der Nationalstaat aber wurde im ereignisreichen Gefolge dessen, was sich an den Zweiten Weltkrieg anschloß, mehrfach geteilt. Er war scheinot, aber nicht gestorben. Denn die staatlich organisierte Nation blieb und bleibt eine politische, gesellschaftliche, in gewissem Sinne sogar eine seelische Notwendigkeit. Als die genuine Schöpfung der Neuzeit, die ursprünglich ihrerseits der rationellen Zentralisierung einer buntscheckigen Tradition diene, hält sie inzwischen selber den egalisierenden Tendenzen der Moderne, die auf globale Konformität drängen, die austarierende Balance, nimmt gleichsam den historischen Wert des Vielfältigen vor dem säkularen Zwang zur Vereinheitlichung in Schutz.

Diese Feststellung gilt auch für den deutschen Fall, zumal der Bismarckstaat keineswegs von Anfang an zum Tode verurteilt war, sondern sich vielmehr als durchaus lebens- und entwicklungsfähig erwies. Sein in vielem beispielloser Untergang war ebensowenig das unumgängliche Resultat einer von vornherein grundfalschen Existenz. Der bis zur unversöhnlichen Gegensätzlichkeit breite Ent-

⁵⁸⁾ *Reinhard Wittram*, Das Reich als Vergangenheit. Gedanken zum Problem der historischen Kontinuität, in: ders., Das Nationale als europäisches Problem. Beiträge zur Geschichte des Nationalitätsprinzips vornehmlich im 19. Jahrhundert. Göttingen 1954, 108.

⁵⁹⁾ Verhandlungen des Parlamentarischen Rates. Stenographischer Bericht. Sitzung 1–12. 1948/49. Bonn 1949, ND 1969, 210: Theodor Heuss am 8. Mai 1949 in der 10. Sitzung.

scheidungsspielraum im Außenpolitischen – zwischen Saturiertheit und Expansion; zwischen Detente und Attacke; zwischen Gemeinsamkeit und Alleingang; zwischen Hegemonie und Rassenherrschaft, im Kern also zwischen Frieden und Krieg, zwischen Leben und Tod – belegt mit nachgerade niederschmetternder Evidenz das nicht selten überklug Verkannte: Mit ausschlaggebendem Vorrang ist das Deutsche Reich, ohne die wechselseitige Abhängigkeit vom Innen- und Außenleben eines Staates zu bestreiten, an seinen internationalen Beziehungen und seinen außenpolitischen Entscheidungen, nicht aber an seinen innenpolitischen Zuständen und seinen gesellschaftlichen Verwerfungen gescheitert.

„Die Tragödie der Einzelnen“, hat der Romanist Ernst Robert Curtius einmal bemerkt⁶⁰), „endet mit dem Tode“, „die Tragödie der Nationen“ dagegen „kennt Auferstehungen“. Was aus dem in dieser Perspektive wiedervereinigten Nationalstaat der Deutschen werden wird, ist im Ungewissen des Zukünftigen aufgehoben. Gewiß ist nur so viel: Auch das neue Deutschland hat mit den hobbesianischen Bedingungen der Staatenwelt zum erforderlichen Ausgleich zu finden, der nicht selten einer Verständigung mit dem Unverfügbaren ähnelt. Um die Probe zu bestehen, sind historische Einsichten, die allgemeine Orientierung zu bieten vermögen, unverzichtbar. Aus Betrachtungen über die Geschichte der deutschen Außenpolitik zwischen 1871 und 1945 können sie sich ergeben.

Zusammenfassung

Mit seiner Gründung im Jahre 1871 gewann Deutschland die Qualität eines Nationalstaates, besaß den Rang einer Großmacht und wählte den Namen des Reiches. Die drei Begriffe – Reich, Großmacht, Nation – beschreiben den Zusammenhang, innerhalb dessen die Entwicklung der deutschen Außenpolitik zwischen 1871 und 1945 dargestellt wird. Die Frage danach, ob bzw. inwieweit der neue Faktor der Staatenwelt für Europa verträglich war, eröffnete spezifische Perspektiven, die deutsche Geschichte auf ihrem Weg von Bismarck bis Hitler zu betrachten.

⁶⁰) *Ernst Robert Curtius*, Eine Kaiserbiographie, in: ders., Goethe, Thomas Mann und Italien. Beiträge in der „Luxemburger Zeitung“ (1922–1925). Hrsg. v. Romain Kirt. Bonn 1988, 133.